

TAGBLATT

24. August 2015, 06:56 Uhr

«Der Staat kann nicht alles ordnen»



Mit der Veranstaltungsreihe GGK-Forum will Hubertus Schmid (72) ehrenamtliche Arbeit fördern. (Bild: Hanspeter Schiess)

ST.GALLEN. Wer die individuelle Freiheit bewahren will, muss sich für die Gemeinschaft engagieren, sagt Hubertus Schmid, Präsident der Gemeinnützigen Gesellschaft St.Gallen. Ein Gespräch über Egoismus, Zuwanderung und Frühfranzösisch.

NINA RUDNICKI

Herr Schmid, wir leben in einer Zeit, in der es jedem zuerst um sich selber geht. Immer weniger Menschen engagieren sich freiwillig. Was stimmt Sie zuversichtlich?

Hubertus Schmid: Die Tatsache, dass individuelle Freiheit und Gemeinwohl sich gegenseitig bedingen. Nur geht das schnell vergessen. Was bedeutet dieses Spannungsverhältnis für den sozialen Zusammenhalt in der Schweiz? Mit dem GGK-Forum wollen wir einen Raum schaffen, wo dies zurück ins Bewusstsein gerufen wird. Wo differenzierte Auseinandersetzungen geführt werden. Auch über Tabus, über die wir nicht gerne nachdenken.

Die Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons St. Gallen (GGK) wurde 1819 gegründet. Heute sind Freiheit und Gemeinwohl selbstverständlich. Sind die Forderungen der GGK nicht altmodisch?

Schmid: Nein. Im Gegenteil, sie sind von aktueller Brisanz. Klar, die GGK wurde in der Zeit der Industriellen Revolution gegründet, mit dem Zweck, die materielle und geistige Wohlfahrt zu fördern. Die Menschen verliessen ihre Umgebung und gingen in die Städte, wo sie sich neu organisieren mussten. Wie damals gibt es auch in der heutigen Zeit viele gesellschaftliche und kulturelle Bruchstellen. Darüber braucht es einen Diskurs. Das war der Anstoss für das Forum.

Sie sprechen von den Folgen der Migration?

Schmid: Ja, der Verlust an Heimat ist eine solche Bruchstelle. Heute läuft alles immer schneller. Alles wird multikultureller. Davon sind Städte genauso betroffen wie Berggegenden. Man braucht nur an den Tourismus zu denken. Dies führt dazu, dass sich die Menschen zurückziehen und die Belange der Gesamtgesellschaft immer weniger beachten.

Woran machen Sie das fest?

Schmid: Die Abstimmungsergebnisse wie etwa jene der Initiativen zur Masseneinwanderung, zur Raumplanung oder zu den Zweitwohnungen sind eindeutige Zeichen. Dabei zeigt sich ein weiteres Problem. Krisen werden oft nur ökonomisch und politisch angeschaut. Aber dahinter verbirgt sich mehr. Das Ganze, die gesellschaftliche-kulturelle Dimension, geht oft vergessen.

Ist die Zuwanderung also ein Problem?

Schmid: Meine Aufgabe ist definitiv nicht, die Zuwanderung zu bewerten. Sondern die Frage zu stellen, was es braucht, um das soziale Zusammenleben zu gewährleisten. In der Schweiz ist jeder fünfte Einwohner Ausländer. Es geht um die Frage, wie die Integration dieser Bevölkerungsgruppe gelingt und wie sie für den freiwilligen Dienst gewonnen werden kann. Das birgt ein enormes Potenzial.

Auch ein dringend benötigtes Potenzial?

Schmid: Eindeutig. Derzeit verzeichnen etwa die Bereiche Behörden und Politik mit 65 Prozent den stärksten Rückgang seit 1997. Es wird immer schwieriger, Personen zu finden, die bereit sind, sich in einem Gemeinde-, Schul- oder Kirchenrat zu engagieren. Im caritativen Bereich sind es 25 Prozent weniger. Ich frage also: Wie sollen wir unsere direkte Demokratie bewahren, wenn diese Grundlage wegbricht? Wenn sich die Menschen freiwillig nicht mehr einbringen?

Sie arbeiten im Rahmen des Forums mit Studenten der HSG und der Pädagogischen Hochschule sowie mit Ortsbürgergemeinden zusammen. Wie passt das?

Schmid: Die Ortsbürger unterstützen uns, weil die Förderung des Gemeinwohls ihr Auftrag ist. Und mit Studierenden arbeiten wir, weil wir Junge ansprechen wollen. Dafür brauchen wir auch deren Input. Passenderweise ist das Center for Leadership and Values in Society der Universität St. Gallen Herausgeber des Schweizer Gemeinwohl-Atlas.

Die nach 1980 Geborenen zählen zu den sogenannten Digital Natives, der ersten Generation, die mit der Technik des digitalen Zeitalters aufgewachsen ist. Ziehen sich die Menschen zunehmend in die digitale Welt zurück?

Schmid: Wir machen dazu gerade eine Umfrage. Allgemein lässt sich sagen, dass es den Jungen zu einem grossen Teil um das eigene Wohl geht. Aber etwas lässt Hoffnung aufkommen:

Umweltschutzorganisationen etwa haben keine Mühe, genug Mitglieder zu mobilisieren. Auch in der Kultur sind die Jungen sehr aktiv. In beiden Bereichen geht es um etwas Ideelles, das die junge Generation anspricht und motiviert, sich freiwillig in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen.

Freizeit und Familie sind heute mindestens so wichtig wie der Beruf. 100-Prozent-Jobs gelten als unattraktiv. Ein weiteres Zeichen für den grassierenden Egoismus?

Schmid: Im Gegenteil. Das ist eine Riesenchance. Vieles, was wir in unserer Freizeit tun, kommt anderen zugute. Man braucht nur an Open Source zu denken – unzählige Menschen stellen ihr Wissen im Internet gratis zur Verfügung. Das ist doch unglaublich.

Sie waren Präsident der Schweizer Industrie- und Handelskammer, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell, Direktor bei Helvetia und Anwalt. Hatten Sie da noch Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten?

Schmid: Ich muss gestehen, ich war viele Jahre kein Vereinsmensch und nicht ehrenamtlich tätig, abgesehen von meiner Zeit als nebenamtlicher Richter und meiner Mitgliedschaft im Wildpark Peter und Paul. Als ich aber vor acht Jahren gefragt wurde, ob ich das Amt als Präsident der GGK übernehmen will, fand ich, es sei an der Zeit, etwas zurückzugeben. Zudem ist das Verhältnis zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl gewissermassen mein Lebensthema. Seit meinem Studium hat mich dieses Thema fest im Griff. Ich suche seither nach Antworten in der Staatslehre, der politischen Philosophie und der Ökonomie.

Nennen Sie ein Beispiel.

Schmid: Nehmen wir die Abschaffung des Französisch an den Primarschulen: Zu der Zeit als ich in Weinfelden aufwuchs, gehörte es zum guten Ton, dass man nach der Volksschule eine Weile in die Westschweiz geht. Heute scheint das überflüssig geworden zu sein. Jetzt könnte man argumentieren,

rein ökonomisch betrachtet sei es richtig, Französisch abzuschaffen. Etwa, weil Englisch wichtiger ist. Aber das ist nicht der Punkt.

Sondern?

Schmid: Gerade in einem Land mit vier Sprachregionen geht es um das gegenseitige Verständnis und um Wertschätzung. Fehlt dies, werden die verschiedenen Landesteile einander gegenüber gleichgültig. Man lebt sich auseinander. Schwierig wird das dann, wenn es etwa darum geht, wie sich die Schweiz in der europäischen Staatengemeinschaft neu orientieren soll.

Gemeinwohl, Freiheit, Blick aufs Ganze – will die GGK den Geist der Aufklärung heraufbeschwören?

Schmid: Hinsichtlich der grossen Herausforderungen unseres Landes ist das nötig. Vergessen wird nicht, dass der Staat nicht alle Lebensbereiche ordnen kann. Wir sind auf eine starke Zivilgesellschaft angewiesen, auf den Gemeinsinn der Bürger. «Die Anstrengung der Sorge für das Ganze auf sich nehmen», sagte einst der Zürcher Professor Karl Schmid. Das drückt am besten aus, worum es mir geht.

Diesen Artikel finden Sie auf St.Galler Tagblatt Online unter:

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/kantonstgallen/tb-sg/Der-Staat-kann-nicht-alles-ordnen;art122380,4330007>

COPYRIGHT © ST.GALLER TAGBLATT AG

ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG,
WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU
GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE
AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON ST.GALLER TAGBLATT ONLINE IST
NICHT GESTATTET.